Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Morgen-Ausgabe

„Welt-Spiegel“

öchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Moden-
it „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof
mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM
stellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zu-
usland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die
en in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg,
änemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten
ung nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt
s haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden
In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer
—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3455, für den
r 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheck-
lin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen
mten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer
Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57;
Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower
Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frank-
furter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Kant-
Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Halensee-
straße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Neukölln:
Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2;
Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1;
Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130;
Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126;
Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau:
Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide:
Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 263
abe für Berlin

55. Jahrgang
Sonntag, 6. Juni 1926

eue Gesandte für Wien und Bukarest.

ränderung im diplomatischen Dienst.

neue Gesandte in Bukarest: der Schwiegersohn des Herrn v. Tirpitz. — Befremdliche Auswahl.

r „Reichsdienst der Deutschen Presse“ teilt mit: Wie wir erfahren, der Leiter der Abteilung VI der sogenannten Kulturabteilung uswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Heilbron, demnächst Auslandsposten, wahrscheinlich das General- ulat in Zürich, erhalten. An seine Stelle tritt der erige Gesandte in Bukarest, Herr Freitag. ourch den bisherigen Generalkonsul in Barcelona, Herrn assel, der bekanntlich Schwiegersohn des Groß- irals v. Tirpitz ist, ersetzt werden soll. Weiter verlautet, er jetzige Direktor der Personalabteilung, v. Stohrer, als olger des für den Wiener Posten ausersehenen andten Mertens nach Kairo gehen wird.

*

er Plan, die hier angekündigten Veränderungen vor- hmen, war uns seit einiger Zeit bekannt. Wir können nur r Befremden über einige dieser beabsichtigten nahmen aussprechen, die allerdings noch nicht gültig feststehen. Gegen die Berufung des n Generalkonsuls Mertens auf den Wiener sandtenposten richteten sich andeutende Bemerkungen em Leitartikel „Personalien“, der hier am vorigen Dienstag hien. Herr Mertens soll diesen wichtigen Posten nicht erhalten, weil er besonders für Wien geeignet wäre, sondern die Ernennung erfolgt, weil Herr Mertens Mitglied des Zentrums ist und weil man dem Zentrum, dem auch der verstorbene Gesandte in Wien, Dr. Pfeiffer, angehörte, diesen Platz reservieren will. Wir wissen nichts davon, daß das Zentrum eine bestimmte Forderung erhoben hat, und wir erkennen, wie wir betont haben, ein Erbrecht der Parteien nicht an und halten es für höchst bedauerlich, daß das Auswärtige Amt, statt die geeignetsten und fähigsten Persönlichkeiten zu suchen, sich auf solche Wege begibt. Was verlangt werden muß, ist entschiedene Staatsgesinnung, und das heißt, unzweideutiges, ehrliches und offenes Bekenntnis zur Republik, denn der heutige Staat ist nun einmal ein republikanischer Staat. Ob Herr v. Hassel, der Schwiegersohn des Herrn v. Tirpitz, diese Eigenschaften besitzt, bleibe dahingestellt. Um Herrn v. Hassel einen Gesandtenposten zu verschaffen, mußte der sehr fähige und tüchtige Gesandte Freitag von Bukarest abberufen und in eine Nebenabteilung des Auswärtigen Amtes versetzt werden. Das alles ist ein sehr wenig erfreuliches Austauschgeschäft mit innerpolitischem Hintergrunde. Hinzufügen wollen wir noch, daß wir mit Bedauern den ausgezeichneten Ministerialdirektor Dr. v. Stohrer von Berlin fortgehen sehen. Man darf ihm nachsagen, daß er die Personalabteilung, der er vorstand, so gut, wie es unter unerquicklichen Verhältnissen möglich war, verwaltet hat, und ihm darf man eine Stellung wünschen, die ihm volle Befriedigung gewährt.

erriot und das deutsche Paktangebot.

Aus der Vorgeschichte von Locarno.

e Instruktionen für den französischen Botschafter in London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Juni.

Millerand hatte in der Senatsdebatte über die Ver- äge von Locarno behauptet, daß der deutsche Vorschlag für n Abschluß des Garantiepaktes ohne weitere Prüfung von der nzösischen Regierung in Betracht gezogen worden sei. Dieser rrtum wurde bereits durch den Zwischenruf des Senators arraut und durch eine Bemerkung Briands richtiggestellt. Da er weder Millerand noch die ihm ergebenen Zeitungen die falschen ngaben widerrufen haben, veröffentlicht heute das Ministerium es Aeußern im Einverständnis mit Herriot, der zu jener eit Ministerpräsident und Außenminister war, den Wortlaut er Instruktionen, die dem französischen Botschafter in ondon am 16. März 1925 übermittelt worden sind. Einige Stellen eses Dokuments sind auch für Deutschland interessant.

Die französische Regierung war der Ansicht, daß der deutsche Vor- chlag nicht ohne weiteres abgelehnt werden dürfe, „gleichviel, wie e eigentlichen Beweggründe Deutschlands beurteilt werden“. Die ranzösische Regierung, hieß es, müsse ihren guten Willen be- veisen, die Vorschläge dürften „schon deshalb, weil sonst Frankreich jede Aussicht auf Abschluß eines Garan- iepaktes mit England preisgeben würde“, nicht ab- elehnt werden. Die deutschen Vorschläge seien aber noch zu unbe- timmt und müßten in allen Einzelheiten erwogen wer- den; die Regierung in Berlin müsse ersucht werden, über einige noch unklare Punkte Aufschluß zu geben.

Ueber diese unklaren Punkte wird dann ausführlich gesprochen. Da die weitere Entwicklung alle gewünschten Aufklärungen gebracht hat, genügt eine kurze Erwähnung. Zuerst wird gefragt, ob Deutschland der Ansicht sei, daß der Garantievertrag unabhängig von dem Beitritt des Reiches zum Völkerbund abgeschlossen werden solle. Wenn Deutschland einen Sonderpakt durchsetze, ohne sich vorher dem Bunde anzuschließen, dann würde es „nur ein geringes Bestreben zeigen, Mitglied des Bundes zu werden“. Die zweite Frage war, welche Mächte den vorgesehenen Garantiepakt unterzeichnen sollen. Es wird als auffallend bezeichnet, daß Belgien in dem deutschen Memorandum nicht erwähnt ist. Herriot sprach den Wunsch aus, daß auch Holland dem Garantiepakt beitreten solle. Wenn Deutschland gegen diese Ausdehnung des Paktes Einwendungen zu machen hätte, dann wäre zu fürchten, daß eine Grenzverletzung des holländischen Limburg im Bereich der Möglichkeit bliebe. Es wird weiter erklärt, daß der Garantievertrag in keinem Fall einen Verzicht auf die Rechte aus anderen Verträgen bedeuten dürfe. In diesem Punkte wird dem Botschafter in London „besondere Festigkeit“ zur Pflicht gemacht. Es sollen auch Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, welche die Zustände an der Ostgrenze vor jeder Veränderung schützen. Mit den Staaten, die hier in Betracht kommen, müßten Sonderabkommen abgeschlossen werden. Endlich wird noch die Gefahr eines Anschlusses der österreichischen Republik an Deutschland betont. Wenn dieser Anschluß nicht verhindert werden könne, dann wäre „eines der wichtigsten Ergebnisse des französischen Sieges in Gefahr“.

Der Wortlaut der Instruktionen gibt zu allen diesen Forderungen ausführliche Kommentare. Da inzwischen ein großer Teil der Sorge Herriots durch die Tatsachen erledigt ist, kann auf längere Zitate verzichtet werden. Schon aus dem kurzen Resumé läßt sich der Eindruck gewinnen, daß Herriot dem deutschen Angebot mit großer Vorsicht entgegenkam, und daß Millerand ihm zu Unrecht ein allzu eifriges Eingehen auf die deutschen Friedensvorschläge vorgeworfen hat.

Die Kommentare der großen Abendblätter zu der Ratifizierung der Verträge von Locarno sind interessant. Im „Journal des Débats“ erklärt Gauvain, die beinahe einstimmige Annahme der Verträge durch den Senat sei kein Beweis für den Glauben an Locarno gewesen, sondern nur der Ausdruck einer unklaren Hoffnung. Von der Mehrheit, die für die Ratifizierung gestimmt habe, vertraue nur ein kleiner Teil dem System von Locarno. Die Rede Briands könne die Hoffnung nicht stärken; Briand habe sogar den Berliner Vertrag als eine Garantie für den Frieden erklärt. Er sei im voraus entschlossen gewesen, alles vortrefflich zu finden, und habe deshalb seinen Glauben an die friedliche Gesinnung des deutschen Volkes betont. Deutschland erhoffe als Ergänzung der Verträge von Locarno die Räumung der Rheinlande. Briand habe über diese Frage kein Wort gesagt, und das gebe zu trüben Vermutungen Anlaß. Auch Bainville in der „Liberté“ glaubt, daß die Räumung der besetzten Gebiete bald von Deutschland verlangt werden wird. Hingegen ist der „Temps“ sehr zufrieden, allerdings weniger mit den Erklärungen Briands, als mit den Reden Millerands, Lemerys, Chênebenoits und des Generals Bourgeois, die „alle das wahre Antlitz Frankreichs erkennen ließen“.

Der Pariser Ministerrat.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. Juni.

Der Ministerrat hat keine großen Offenbarungen gebracht. Briand sprach über die äußere Lage, der Finanzminister berichtete über seine Erklärungen im Finanzausschuß. Painlevé teilte neue, gute Nachrichten aus Syrien mit, wo die Zitadelle Salkhad, das Zentrum des Hauptwiderstandes des Sultans Atrasch, von den französischen Truppen eingenommen worden ist. Péret erklärte, daß er die neue Baisse des Franc nicht begreife. Wie später bekannt wurde, soll morgen (Sonntag) ein neuer Ministerrat stattfinden, woraus sich schließen läßt, daß noch einiges zu sagen übrigbleibt. Briand hatte mittags eine Unterredung mit dem Fianzminister und dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Robineau. Er wird erst morgen abend nach Genf abreisen.

Das größere Ziel.

T. W. Während und nach der Konferenz von Locarno forderte Deutschland, als „Rückwirkung“, als Morgengabe, die Verminderung der Besatzungstruppen am Rhein. Die Engländer räumten Köln, verlegten aber ihre Division in andere Quartiere, und da die Franzosen und die Belgier nicht genug Soldaten aus dem Rheingebiet herauszogen, schwollen in manchen Städten und Ortschaften der noch nicht befreiten beiden Zonen die fremden Garnisonen, statt zusammenzuschmelzen, nur noch stärker an. Der Berliner These, daß die Entente im Rheinlande gerade so viel Truppen behalten solle, wie Deutschland im Frieden dort unterhielt, hat man in Paris und in London nicht zugestimmt. Man hat darauf hingewiesen, daß der Vergleich nicht zutreffe, da vor dem Kriege das eigentliche Grenzgebiet Elsaß-Lothringen gewesen sei. So wurde nun in den diplomatischen Verhandlungen um ein paar tausend Mann mehr oder weniger gerungen. Um jede Kompagnie wurde zähe und mit einem großen Aufwand an Beredsamkeit und Tinte gefeilscht. Selbstverständlich war es vollkommen inkorrekt, daß die Entente nach der Räumung der ersten Zone ihre Garnisonen in der zweiten und dritten verstärken ließ. Es zeigte sich wieder, daß überall der politische Verstand dort aufhört, wo die militärische Mentalität beginnt. Im ganzen hat man, in den beiden Zonen, infolge der Truppenvermehrung, dreihundertundzwanzig Wohnungen mit Beschlag belegt. Obgleich das nicht ganz so furchtbar ist, wie die in Uebertreibungen schwelgenden deutschen Nationalisten es dargestellt haben, ist es für die mit solcher Einquartierung beschenkten Orte außerordentlich peinlich und unbequem. Zweifellos muß protestiert, muß der Ringkampf ohne Ermatten fortgesetzt werden, aber soll nun die deutsche Regierung es als höchstes Ziel betrachten, die Besatzungsziffer achtundachtzigtausend um ein paar tausend herabzudrücken und die dreihundertundzwanzig Wohnungen von ihren aufgezwungenen Mietern zu befreien? Die Kraftanstrengung ist groß, der schönste diplomatische Erfolg wäre ziemlich klein. Man würde tun, als habe man uns, mit schweren Opfern, eine unschätzbare Gefälligkeit erwiesen, und achtzig- oder fünfundsiebzigtausend Mann würden weiter im Rheinlande stehen. Die deutsche Politik muß ihre Kraft für die Lösung des ganzen Problems einsetzen und sich nicht von jenen Aufgeregten beirren lassen, die mit Heldengeschrei auf die Spatzenjagd gehen.

Als ich im vorigen Winter, vor Weihnachten, Gelegenheit hatte, in Paris mit Staatsmännern und Parlamentariern über die Besatzungsfrage zu sprechen, habe ich sehr verschiedenartige Antworten und Argumente gehört. „Clemenceau“, sagte ich ihnen, „hat den Widerstandsgeist im Kriege immer neu mit dem Zuruf belebt: Die Deutschen sind in Noyon — und wie soll bei uns der Geist des Nationalismus überwunden werden, solange seine Wortführer einwenden können: Die Franzosen sind in Koblenz und in Mainz? Viele, mit denen ich sprach, wichen dem Thema aus, schwiegen wie die Trappisten und rieten zum Schweigen, andere bezweifelten, daß nach einer völligen Räumung die von der Haßagitation lebenden Wehrverbände darauf verzichten würden, siegreich Frankreich zu schlagen, und wieder andere erklärten, mit einer etwas allgemeinen Beteuerung, an die dreizehn Besatzungsjahre, die noch in Aussicht standen, glaube doch kein vernünftiger Mensch. Die Klügsten aber — und sie saßen nicht, wie so oft die Klügsten in der Schule, auf den letzten Bänken, sondern viel weiter oben — suchten praktische Wege, und damals tauchte auch zuerst im Gespräch jener Plan auf, der die „Kommerzialisierung“ der deutschen Schuld erstrebt. Es ist seitdem allerlei darüber in die Welt hinausgedrungen, und man weiß, daß es sich um die Dawes-Schuld der deutschen Eisenbahnen handelt, die teilweise oder allmählich durch Ausgabe von Obligationen flüssig und greifbar gemacht werden soll. Der Gedanke ist nie ganz beiseite gelegt, ist in zwanglosen Unterhaltungen noch manchmal vorgebracht worden, und wenn er eine Weile lang versunken war, steigt er, wie der Prinz von Arkadien in „Orpheus in der Unterwelt“, wieder zum Lichte empor. Man hat ihn geprüft, gewogen, in allerlei Formen gebracht, seine Ausführbarkeit bejaht oder bestritten, und auch der sehr begreifliche Einwand, daß man die weitere Entwickelung des Dawes-Experimentes abwarten müsse, hat natürlich eine Rolle gespielt. Alle diese Untersuchungen und Erörterungen sind notwendig, aber man muß sich auch klar darüber sein, daß die Befreiung der besetzten Gebiete nicht durch einen Austausch schöner Empfindungen, nicht durch Völkerbundsreden, sondern einzig und allein durch ein ganz undeklamatorisches Geschäftsverfahren zu erreichen ist. Keine französische Regierung wird ihrem Parlament und ihrer öffentlichen Meinung sagen, sie wolle die Besatzungsfristen abkürzen, die Truppen heimberufen, um das große Versöhnungsfest der Menschheit zu feiern und Hand in Hand mit uns einer sonnigen Zukunft entgegenzugehen. Aber vielleicht läßt sich über die Rheinbrücken reden, wenn man goldene Brücken baut.

Mit frühlingshaftem Optimismus wird niemand eine solche Diskussion beginnen. Die französischen Sicherheitsphantasten sind mächtig, und bei den Realpolitikern pflegt der Appetit zu wachsen, wenn man erst einmal bei Tische sitzt. Ob die Finanz-